https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/corona-sonderregeln-sollen-anfang-februar-wegfallen-a-6e1c359a-d7b5-4740-af11-d3b41ae9b2dd 19.1.2023

Corona-Sonderregeln sollen Anfang Februar wegfallen

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil will die Vorgaben zum Schutz vor einer Coronaansteckung am Arbeitsplatz zwei Monate früher als geplant beenden. Das geht aus einem Entwurf seines Hauses hervor.

Die Corona-Sonderregeln in Unternehmen sollen Anfang Februar und damit zwei Monate früher als geplant wegfallen. Wie aus einem Referentenentwurf des Bundesarbeitsministeriums hervorgeht, ist geplant, die Arbeitsschutzverordnung zur Pandemie zum 2. Februar aufzuheben. Sie galt eigentlich noch bis Anfang April. Damit fällt die Verordnung einheitlich mit der Maskenpflicht in Bussen und Bahnen in ganz Deutschland.

Grund für den Schritt seien die »stetige Abnahme der Häufigkeit und Schwere« von Infektionen und die »allgemein günstigen Prognosen hinsichtlich des mittel- und langfristigen Infektionsgeschehens«, heißt es in dem Entwurf. Daher seien aktuell »keine allgemeinen Maßnahmen des betrieblichen Infektionsschutzes« zur Verringerung des Ansteckungsrisikos mehr nötig.

Seit Anfang Oktober vergangenen Jahres galt bereits eine überarbeitete Corona-Arbeitsschutzverordnung. Angepasst an die konkrete Situation sollten Hygienekonzepte weiterhin umgesetzt und Abstandsregeln eingehalten werden, Maskentragen und Lüften sollte weiterhin dort erfolgen, wo andere Maßnahmen nicht ausreichten. Arbeitgeber sollten außerdem prüfen, ob sie Homeoffice anbieten oder Testangebote machen – eine Verpflichtung dazu gab es aber nicht mehr.

An die Stelle verbindlicher Vorgaben zum Infektionsschutz in Unternehmen sollen nun »unverbindliche Empfehlungen« für neue örtlich begrenzte oder branchenspezifische Infektionsausbrüche treten. Diese will das Arbeitsministerium veröffentlichen.

https://www.spiegel.de/gesundheit/coronavirus-mediziner-begruessen-aus-fuer-maskenpflicht-im-fernverkehr-a-bdf0fb08-bedb-4099-8cd6-b42bd05d8269 14.1.2023

Mediziner befürworten Aus für Maskenpflicht im Fernverkehr

Wieder eine Coronavorschrift weniger: Ab Anfang Februar müssen Reisende in Fernzügen und Fernbussen keine Maske mehr tragen. Mehrere Gesundheitsorganisationen halten die Entscheidung für vertretbar.

Der Intensivmediziner Christian Karagiannidis hat das absehbare Ende der Maskenpflicht im Fernverkehr mit Blick auf die inzwischen robuste Coronaimmunität der Bevölkerung begrüßt. Zugleich forderte er im Gespräch mit der »Rheinischen Post« aber, an der Maskenpflicht in Krankenhäusern bis Ende Februar festzuhalten: Es gehe darum, »den Eintrag von außen gerade um Karneval herum noch etwas einzugrenzen«, sagte der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Internistische Intensivmedizin und Notfallmedizin (DGIIN).

Spitzenvertreter der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) und des Deutschen Hausärzteverbands hatten die Entscheidung des Bundes zur Aufhebung der Maskenpflicht bereits am Freitag als naheliegenden Schritt bezeichnet. DKG-Chef Gaß Gerald Gaß appellierte jedoch an die Bürger, bei Krankheitssymptomen Maske zu tragen und am besten zu Hause zu bleiben.

Als Vizechefin des Hausärzteverbands sagte Nicola Buhlinger-Göpfarth, sie empfehle »vulnerablen Patientinnen und Patienten« in Innenräumen, in

denen sich viele Menschen eng gedrängt aufhalten, auch künftig freiwillig eine Maske zu tragen.

Zunächst sollte die Maskenpflicht bis April gelten

Die deutschen Amtsärzte zeigen sich mit dem nahenden Aus der Maskenpflicht im Fernverkehr ebenfalls einverstanden. »Die Infektionszahlen sind beherrschbar, weil viele Menschen in Deutschland ausreichend geimpft und/oder genesen sind«, so Johannes Nießen, Vorsitzender des Bundesverbandes der Ärztinnen und Ärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst. Es sei daher sinnvoll, das Tragen von Masken in Zügen jetzt der Verantwortung des Einzelnen zu überlassen, sagte Nießen dem Redaktionsnetzwerk Deutschland.

https://www.spiegel.de/politik/corona-pandemie-ab-2-februar-keine-maskenpflicht-mehr-im-fernverkehr-a-75a7fb4c-99aa-4709-94fe-cc9da2d69c89 13.1.2023

Ab 2. Februar keine Maskenpflicht mehr im Fernverkehr

Die Maskenpflicht im öffentlichen Fernverkehr soll zum 2. Februar vorzeitig fallen. Das teilte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach mit.

Auch eine der letzten Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie steht kurz vor dem Ende: Die Maskenpflicht im öffentlichen Fernverkehr soll zum 2. Februar aufgehoben werden. Das teilte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) mit. »Wir müssen einfach mehr auf Eigenverantwortung und Freiwilligkeit setzen«, sagte Lauterbach und verwies auch auf eine stabilere Pandemiesituation.

Demnach gehe etwa die Zahl der Hospitalisierungen zurück. »Die Lage ist angespannt, aber dort beherrschbar«, sagte Lauterbach über die Kliniken. Auch das Abwassermonitoring zeige gleichbleibende oder fallende Werte. Experten erwarteten zudem keine weitere schwere Winterwelle. ……

FDP und Bahn sprachen sich für Ende aus

Forderungen nach einem schnelleren Ende der Maskenpflicht wurden zuletzt immer lauter, innerhalb der Bundesregierung pochte vor allem die FDP darauf. Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) hatte etwa am Mittwoch gesagt, das Ende der Maskenpflicht müsse »so schnell wie möglich« kommen. Er verwies auch auf Belastungen für das Bahnpersonal, die mit der Kontrolle der Maßnahme einhergingen.

Auch die Deutsche Bahn sprach sich diese Woche für ein baldiges Ende der Maskenpflicht im Fernverkehr aus. Ähnlich wie im Luftverkehr solle auch in den Fernzügen auf Freiwilligkeit gesetzt werden, hieß es.

Laut Infektionsschutzgesetz sollte die Maskenpflicht im Fernverkehr eigentlich bis zum 7. April andauern. Die Bundesregierung kann die Maßnahme per Rechtsverordnung ganz oder teilweise aussetzen. …..

https://pleiteticker.de/nach-ende-der-zug-maskenpflicht-linke-drehen-durch/ 13.1.2023

Nach Ende der Zug-Maskenpflicht: Linke drehen durch

Mit der Ankündigung von Karl Lauterbach, die Maskenpflicht im Fernverkehr zum 2. Februar aufzuheben, bricht für einige Menschen die Welt zusammen. Linke Journalisten und Aktivisten schießen nun scharf gegen ihren ehemaligen Helden.

„Wie kann man so krass auf Risikogruppen scheißen", kommentiert Margarete Stokowski die Entscheidung des Gesundheitsministers, in Zukunft auf Freiwilligkeit beim Maskentragen im Fernverkehr zu setzen. Stokowski war zuvor vom Bundesgesundheitsminister in die Bundespressekonferenz eingeladen worden, um die Folgen einer Covid-19-Infektion zu erläutern. Denn Stokowski hatte sich trotz dreifacher Impfung infiziert und leidet nun unter Long Covid. Durch die Aufhebung der Maskenpflicht befürchtet sie Angriffe auf alle, die sie weiterhin freiwillig tragen wollen.

Die Anhänger einer strikten Corona-Politik sind wütend auf ihren Gesundheitsminister. „Ich habe nicht mehr das Gefühl, irgendeinen Wert als Mensch zu haben", schreibt eine Nutzerin auf Twitter. Neben wirren Aussagen über Maskenverbote reihen sich auch Vorwürfe des Verrates gegen Lauterbach ein. Einige geben zur Kenntnis, dass die SPD dadurch eine unwählbare Partei geworden ist. Lauterbach sei ein „verachtenswertes Wesen" und eine „FDP Socke".

Auch aus den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten gibt es Kritik an Lauterbach. So beschwert sich die Journalistin Nhi Le vom NDR darüber, dass Züge nun zu einem gefährlichen Raum für vulnerable Gruppen werden. Die Maske störe angeblich nicht und wäre zudem perfekt, um auch andere Infektionskrankheiten zu vermeiden. Eine Nutzerin kündigte darauf an, ihre BahnCard kündigen zu wollen. Während viele Deutsche aufatmen und ab dem 2. Februar im Fernverkehr auch wieder frei atmen können, erleben die „Infektionsgegner" heute den Freitag, den 13.

https://www.spiegel.de/politik/deutschland/fdp-draengt-auf-unabhaengigkeit-des-robert-koch-institutsrki-a-234294a2-073c-4a28-978b-e348b39c740b 13.1.2023

FDP drängt auf Unabhängigkeit des RKI

Lothar Wieler geht. Die FDP sieht darin die Gelegenheit, das Robert Koch-Institut neu aufzustellen – unabhängig von der Politik.

Der FDP-Gesundheitspolitiker Andrew Ullmann sieht im Rückzug von Lothar Wieler eine Chance, das Robert Koch-Institut (RKI) unabhängig von der Politik zu strukturieren.

»Jedem Ende wohnt natürlich auch ein Anfang bei, wir haben jetzt die Gelegenheit, das Robert Koch-Institut neu zu denken und weiterzuentwickeln«, sagte Ullmann der »Augsburger Allgemeinen«. »Dazu gehört auch, dass wir das RKI in seiner wissenschaftlichen Arbeit nicht mehr beschränken und zu einer eigenständigen Institution machen, wie wir es auch im Koalitionsvertrag vereinbart haben.« Er erwarte, dass Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) einen entsprechenden Gesetzesvorschlag vorlegen werde.

Das RKI gehört zum Geschäftsbereich des Bundesgesundheitsministeriums. Diese Struktur war teils auch kritisiert worden. Wiederholt gerieten Wieler und das RKI unter politischen Druck und bekamen Kritik ab. Auch die Aussagekraft der vom RKI angegebenen Pandemiedaten wurde immer wieder diskutiert. …..

https://pleiteticker.de/exklusiv-kristina-schroeders-corona-abrechnung-der-gefaehrlichste-satz-der-pandemie-hoert-auf-die-wissenschaft/
19.1.2023

Exklusiv! Kristina Schröders Corona-Abrechnung: „Der gefährlichste Satz der Pandemie? Hört auf die Wissenschaft!"

Als viele nur noch abgenickt haben, hat sie die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung immer wieder lautstark kritisiert: Kristina Schröder (CDU), ehemalige Familienministerin. Jetzt zieht die dreifache Mutter ihre Corona-Bilanz bei „Schuler! Fragen, was ist".

Was war der gefährlichste Satz der Pandemie? Schröder: „Hört auf die Wissenschaft!"
Denn dieser Satz würde gleich zwei falsche Annahmen zementieren: „Einmal, dass es eine einheitliche Meinung der Wissenschaft gäbe. Jeder, der den Wissenschaftsbetrieb kennt, weiß, dass das bei praktisch keiner

Wissenschaft der Fall ist." Aber was vielleicht noch schlimmer sei: Der Satz unterstelle, „dass wir bei der Frage, was wir tun sollen, auf die Wissenschaft hören können. Die Wissenschaft würde uns sagen, was zu tun ist. Wenn man diesen Gedanken konsequent zu Ende denkt, dann bräuchten wir am Ende keine Demokratie mehr. Ein Expertenrat würde reichen", sagte Schröder.

Auf die Frage, warum Kinder so aus dem Fokus der Politik geraten seien, sagte die CDU-Politikerin: „Die banale Erklärung lautet: Weil viele, die damals entschieden haben, gar keine Kinder haben." Inzwischen sei klar: „Die Gefahr für die Kinder war zum Glück immer verschwindend gering. Sie wurden fremdnützig eingeschränkt. So ganz fassen kann ich das immer noch nicht, dass man das getan hat, denn es muss einem doch klar sein, dass es Dinge sind, die die Kinder, die Jugendlichen ein Leben lang mit sich rumschleppen.

https://www.tagesschau.de/ausland/neuseeland-ardern-103.html
19.1.2023

Ardern kündigt Rücktritt im Februar an

Die neuseeländische Premierministerin Ardern hat überraschend angekündigt, im Februar zurückzutreten. Sie habe nicht genug Kraft für weitere Jahre im Amt, begründete sie den Schritt. Eine neue Regierung wird im Oktober gewählt.

In Neuseeland hat Premierministerin Jacinda Ardern überraschend ihren Rücktritt angekündigt. Bei ihrer ersten Pressekonferenz in diesem Jahr sagte sie, sie werde am 7. Februar ihr Amt aufgeben. Zur Begründung führte Ardern an, dass sie nach eigenem Empfinden nicht mehr genug Kraft für weitere Jahre in ihrem Amt habe.

"Ich weiß, was man für diesen Job braucht, und ich weiß, dass ich nicht mehr genug im Tank habe. Es ist so einfach", sagte sie. "Wir alle geben, solange wir geben können, und dann ist es vorbei. Und für mich ist es nun an der Zeit."

Ardern kämpfte mit den Tränen, als sie vor Reportern in Napier die Amtsniederlegung ankündigte. Ihre Zeit als Regierungschefin sei erfüllend, aber herausfordernd gewesen, sagte sie.

Wahl zu Parteivorsitz am Sonntag

Parlamentswahlen kündigte Ardern für den 14. Oktober an. Bis dahin werde sie Abgeordnete bleiben. Ihr Rücktritt als Premierministerin tritt mit der Ernennung eines Nachfolgers in Kraft. Schon am Sonntag soll ein neuer Vorsitzender oder eine neue Vorsitzende der Labour-Partei gewählt werden.

Ardern war 2017 bei ihrer Wahl zur Regierungschefin mit 37 Jahren eine der jüngsten Frauen weltweit an der Spitze einer Regierung. Vor zwei Jahren wurde ihre Partei wiedergewählt - es war ein Sieg von historischem Ausmaß. In den jüngsten Umfragen fiel ihre Partei jedoch hinter die konservativen Rivalen zurück.

https://tkp.at/2023/01/13/neuseeland-plant-beschraenkung-von-naturheilprodukten/ 13.1.2023

Neuseeland plant Beschränkung von Naturheilprodukten

In Neuseeland soll ein neues Gesetz, Beschränkungen und Verbote von Naturheilmittel möglich machen. Kräuter, die zur Heilung verwendet werden, könnten dann illegalisiert werden. Eine Entwicklung, die nicht auf Neuseeland beschränkt ist.

Ähnliche Wünsche haben auch die europäischen Gesetzgeber, jedoch scheint man in Neuseeland bereits weiter zu sein. Denn dort plant die Regierung ein Gesetz für „Heilprodukte" (Therapeutic Products, Anm.) vor der Verabschiedung. Dann wird eine Aufsichtsbehörde eingesetzt, die Verfügbarkeit und Beschränkungen regelt.

Gegen Naturlheilprodukte

Kritiker sagen, es handelt sich um ein Ermächtigungsgesetz, das man aus autoritären Regimen kennt. Denn es ist überhaupt nicht klar, welche Faktoren die Arbeit der Aufsichtsbehörde beeinflussen soll. Dr. Guy Hatchard sagt gegenüber „The Expose", dass es ohnehin keinen Grund gebe, in derzeitige Regelungen einzugreifen. Die Öffentlichkeit werde durch Naturprodukte nicht geschädigt, deshalb dürfe die Regierung nicht eingreifen.

Das Gesetz dürfte den Herstellern und den Endverbrauchern zusätzliche finanzielle Belastungen aufbürden. Es werde auch Unsicherheiten in Bezug auf Produkte schaffen, die von Millionen Neuseeländern verkauft wurden und auf die sie sich verlassen. Der Inhalt der Verordnung sei äußerst unspezifisch, weshalb sie höchst verdächtig ist. Manche rechnen damit, dass gängige Kräuter bald verboten werden könnten. Traditionelle Heilmittel wären dann illegal. Dem Gesetzesentwurf entsprechend wäre das jedenfalls möglich.

OneHealth

Das Problem dürfte aber nicht auf Neuseeland beschränkt sein. So gibt es die Internationalen Koalition der Arzneimittelzulassungsbehörden („ICMRA"), die 2016 bereits einen ähnlichen Vorstoß geplant hatte, und bereits Listen erstellte. Die WHO ist dort als „Beobachter" vermerkt, die EU ist Teil der Koalition. 212, als man diese gegründet hatte hieß es, dass es „notwendig ist, aktuelle und neu entstehende Herausforderungen im Bereich der Regulierung und Sicherheit von Humanarzneimitteln weltweit, strategisch und auf kontinuierliche, transparente, maßgebliche und institutionelle Weise anzugehen."

Alternative Heilmethoden, Naturheilmittel und anderes soll unter die Räder kommen. Zurück bleibt der „OneHealth"-Ansatz. Eine Medizin für alle und die ganze Welt, und zwar die herrschende Konzernmedizin von Big Pharma. Neuseeland mit der radikalen Jacinda Ardern dürfte bereits

dabei sein, einen großen Schritt in diese Richtung zu machen. Spätestens im Sommer soll das Gesetz verwirklicht sein.

https://transition-news.org/strafanzeige-gegen-verantwortliche-der-ema-und-des-pei 14.1.2023

Strafanzeige gegen Verantwortliche des PEI und der EMA

Tatverdachte sind unter anderem: Vorsätzliche und schwere Körperverletzung mit Todesfolge, Totschlag und Mord oder fahrlässige Körperverletzung und Tötung.

Der deutsche Rechtsanwalt Wilfried Schmitz hat am 12. Januar 2023 bei der Staatsanwaltschaft Darmstadt Strafanzeige gegen alle verantwortlichen Mitarbeiter des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI) und der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) erstattet. Der Jurist wirft ihnen «vorsätzliche und/oder grob fahrlässige Nichterfüllung ihrer gesetzlichen Pflichten» in Bezug auf die Covid-Impfungen vor. Deshalb seien sie «mitverantwortlich für gesundheitliche Schäden bis zum Tod bei einer unbekannten Anzahl von Menschen».

Angesprochen fühlen müssen sich Prof. Dr. Klaus Cichutek, seit dem 1. Dezember 2009 Präsident des PEI, Dr. Ralf Wagner, Mitarbeiter des PEI im Fachgebiet «Virale Impfstoffe», Emer Cooke, seit dem 16. November 2020 Direktorin der EMA, sowie alle weiteren gegebenenfalls noch tatbeteiligten Mitglieder des PEI oder der EMA.

Als Tatverdachte werden angeführt:

vorsätzliche und schwere Körperverletzung (im Amt) mit Todesfolge gem. §§ 223, 224, 226, 227, 340 StGB

Totschlag und Mord gem. §§ 211 und 212 StGB

fahrlässige Körperverletzung gem. § 229 StGB

fahrlässige Tötung gem. § 222 StGB

alle in Betracht kommenden Straftatbestände gem. §§ 95, 96 AMG

alle sonst in Betracht kommenden Straftatbestände und Beteiligungsformen nach dem StGB, Kriegswaffenkontrollgesetz, Völkerstrafgesetzbuch.

Die Begründung lesen Sie bitte hier.

https://transition-news.org/IMG/pdf/2_5332796896983393941.pdf

https://telegra.ph/Im-gesamten-Vereinigten-K%C3%B6nigreich-werden-provisorische-Leichenhallen-er%C3%B6ffnet-um-der-steigenden-Zahl-von-Todesf%C3%A4llen-Herr-zu-we-01-14 14.1.2023

Im gesamten Vereinigten Königreich werden provisorische Leichenhallen eröffnet, um der steigenden Zahl von Todesfällen Herr zu werden

Harold Turner

Leichen werden in behelfsmäßigen Leichenhallen gelagert, um den Rückstau an Todesfällen während der Wintermonate zu bewältigen, da der nationale Gesundheitsdienst des Vereinigten Königreichs (NHS) mit der Situation überfordert ist und die Krankenhäuser an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen. Überall im Vereinigten Königreich werden provisorische Leichenhallen eingerichtet, um die erhöhte Nachfrage nach den tödlichen Weihnachts- und Neujahrsfeiertagen zu bewältigen. …..

Schätzungen zufolge starben gegen Ende des Jahres etwa 4.000 Briten mehr als sonst - eine Kombination aus Grippe, Covid und Verspätungen von Krankenhäusern und Krankenwagen wurde dafür verantwortlich gemacht. Infolgedessen werden die Kühleinheiten - von denen einige wie Schiffscontainer aussehen - eingesetzt, um die aktuellen Wintersterblichkeitsraten zu bewältigen. ……..

Die Sterblichkeitsrate ist im Winter naturgemäß höher und wird durch Grippe und Covid zusätzlich belastet. The Leys wurde ursprünglich im April 2020 auf einem Gelände eröffnet, auf dem sich eine ehemalige Mülldeponie des ehemaligen Northamptonshire County Council befand. ……..

Ein Sprecher des Liverpool University Hospitals NHS Foundation Trust sagte: "Es ist gängige Praxis, dass Leichenhallen zweckbestimmte temporäre Systeme zur Verfügung haben. Dadurch wird sichergestellt, dass die Patienten in Zeiten erhöhter Nachfrage weiterhin mit Würde und Respekt in Einrichtungen behandelt werden, die einer permanenten Leichenhalle gleichwertig sind. Zwei dieser Systeme, die den von der Human Tissue Authority festgelegten Standards entsprechen, wurden im Royal Liverpool University Hospital eingesetzt.

Was die "Beamten" sagen, entspricht jedoch NICHT dem, was die breite Öffentlichkeit denkt. Die Öffentlichkeit ist weithin der Meinung, dass die Menschen wegen der COVID-19-Impfstoffe sterben! ……Die Öffentlichkeit urteilt im Stillen, dass die Impfstoffe die Ursache für so viele Todesfälle sind.

https://halturnerradioshow.com/index.php/en/news-page/world/temporary-morgues-are-being-opened-across-uk-to-deal-with-surge-in-deaths 14.1.2023

https://pleiteticker.de/ueberteuerte-pcr-tests-eine-milliardenverschwendung-die-vorhersehbar-war/ 14.1.2023

Überteuerte PCR-Tests: Eine Milliardenverschwendung, die vorhersehbar war

Insgesamt sechs Milliarden Euro: So viel haben PCR-Tests den deutschen Laboren in den letzten drei Jahren eingespielt. Was der Recherchebund von WDR, NDR und „Süddeutscher Zeitung" nun herausgefunden hat, verwundert niemanden, der rechnen kann.

Vor allem zu Beginn der Pandemie waren PCR-Tests in Deutschland völlig überteuert, 59 Euro konnten Labore damals abrechnen. Zudem zahlten nicht nur Krankenkassen. Auch Bürger nötigte der Staat dazu, dieses Geld zu zahlen – für Reisen, Theaterbesuche, Busfahrten.

Die neuen Recherchen bestätigen: Bei den Verhandlungen über die Preise setzten die Labore deutlich zu hohe Kosten an. Als dieser Missstand im Juni 2020 behoben werden sollte, griff der Chef des Labor-Interessensvereins ALM, Michael Müller, ein, bat den damaligen Gesundheitsminister Spahn darum, die Preise beizubehalten. Wenig später sprachen Müller und Spahn dann miteinander – und die Vergütung des Bundes wurde doch nicht abgesenkt.

https://norberthaering.de/propaganda-zensur/tagesschau-impfschaeden/
12.1.2023

Tagesschau verbreitet Falschinformation zu Impfschäden

12. 01. 2023 | In einem aktuellen Beitrag zur Relativierung von Impfschäden, der sehr einseitig die Sichtweise offizieller und impfwerbender Stellen transportiert, nennt die Tagesschau einen Anteil von schweren Impfschäden je 1.000 Geimpften, der viel zu niedrig liegt.

Im Beitrag „Post-Vac-Syndrom: Krank nach der Corona-Impfung" vom 11. Januar schreibt die Tagesschau schöne Sätze wie:

„Fachleute sprechen vom Post-Vac-Syndrom. Wie viele sind betroffen und was hilft dagegen?"

Post-Vac-Syndrom ist eine Wortschöpfung, die dazu dient, das hässliche Wort Impfschäden zu vermeiden, von denen Gesundheitsminister Lauterbach und viele Medien behauptet haben, dass es sie nicht gibt. „Syndrom" klingt schön diffus und das wird im Text auch genutzt, um aus dem schlimmen Befund, dass es viele verschiedene schwere und schwerste Nebenwirkungen der Covid-„Impfungen" gibt, etwas zu machen, von dem man noch nicht so recht weiß, was und wie schlimm es eigentlich ist, und ob es nicht vielleicht andere Ursachen hat, so wie hier:

„Die genauen Ursachen für das Post-Vac-Syndrom sind noch nicht gefunden. Möglicherweise wird eine frühere Infektion mit dem Epstein-Barr-Virus reaktiviert."

Man liest natürlich nichts von den Spike-Proteinen, die im Blut von Patienten mit Herzentzündung nach Impfung gefunden wurden, entgegen vollmundigen Versprechungen, diese würden bei der Einstichstelle bleiben und nur kurz auftreten. Stattdessen:

„Die Bundesregierung (weist) darauf hin, dass das Post-Vac-Syndrom nach einer Corona-Impfung noch nicht wissenschaftlich definiert sei. Der Begriff wird teilweise sehr unterschiedlich verwendet.

Das Phänomen ist aber nicht neu. Auch bei anderen Impfungen treten in seltenen Fällen die gleichen Symptome auf.

Bisher gibt es keine Hinweise, dass nach den Corona-Impfungen der Anteil von lang anhaltenden Symptomen ungewöhnlich hoch wäre."

In diesem sehr einseitig-schönfärbenden Hofberichterstattungston ist der ganze Artikel gehalten.

Eine echte Fehlinformation findet sich, wo es um den Anteil der Betroffenen geht. Da schreibt die Tagesschau:

„Das Paul-Ehrlich-Institut spricht aktuell von 0,029 Prozent der Geimpften, bei denen schwerwiegende Nebenwirkungen auftreten."

Folgt man dem Link und sucht, so findet man auf Seite 30 eine Tabelle, in der diese Zahl auftaucht, allerdings unter der Spaltenüberschrift: „Melderate pro 1.000 Impfungen (schwerwiegend)".

Die Zahl bezieht sich also, anders als die Tagesschau schreibt, auf die verabreichten Impfdosen, nicht auf die Zahl der Geimpften, die ja in aller Regel zwei bis vier Impfdosen verabreicht bekommen haben. Eine doppelt geboosterte Person hat also laut RKI vier mal eine Chance von 0,029 Prozent, schwere Impfschäden davonzutragen. Genau gerechnet ist die Chance mindestens einmal geschädigt zu werden in dieser Gruppe 0,12%, also mehr als einer pro Tausend Geimpften. Das ist fast das Vierfache der von der Tagesschau genannten Zahl. Geht man im Durchschnitt pro geimpfter Person von knapp drei Impfdosen aus, liegt die korrekte

Relation zwischen zwei und drei Mal so hoch wie die Tagesschau angibt.

….

Eingeblendet wird peinlicherweise ein etwas älterer Tagesschau-„Faktenfinder" mit dem Titel „Angstmache mit Zahlen ohne Kontext" . Er ist so tendenziös und regierungshörig, wie man das vom Faktenfinder kennt.

Und er setzt die damalige Zahl von 1.200 Anträgen auf Anerkennung von Impfschäden in Relation zu den „mehr als 155 Millionen Impfungen in Deutschland" und schlussfolgert: „rechnerisch also kommt ein Antrag auf mehr als 125.000 Impfungen". Bei knapp drei Impfungen pro Impfling ist die (vom Faktenfinder nicht mitgeteilte) Relation von Anträgen zu Geimpften mit etwa eins zu 50.000 entsprechend viel höher.

…….Nicht erwähnt wird, dass es eine hohe Dunkelziffer geben könnte, z.B. von Impfschäden, die Long-Covid oder anderen Ursachen zugeschrieben werden, etwa weil man dann schneller und leichter an Unterstützung kommt, oder weil den impfenden Ärztinnen und Ärzten das weniger Schwierigkeiten und Gewissensbisse macht.

Es wäre schon schön, wenn sich die Verantwortlichen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf die originäre Aufgabe von Faktencheckern im Journalismus zurückbesinnen würden. Diese liegt darin, die eigenen Fakten vor Veröffentlichung zu checken, und nicht darin, staatliche Stellen mit einseitiger Darstellung gegen Kritik in Schutz zu nehmen und Kritiker mit windigen semantischen Tricks zu diskreditieren.

https://reitschuster.de/post/100-prozent-der-hospitalisierten-sind-geimpft/ 14.1.2023

100 Prozent der Hospitalisierten sind geimpft

Internationale Studien zerlegen das Impf-Narrativ

Gibt es irgendetwas, das über Sinn oder Unsinn der sogenannten „Impfung" noch nicht gesagt oder verargumentiert worden wäre?

Wahrscheinlich nicht! Wenn es darum geht, auf die nicht gegebene Schutzwirkung der mRNA-Produkte bei gleichzeitig hohem Risiko von Nebenwirkungen hinzuweisen, reduziert sich das im Wesentlichen auf den Grundsatz: „Erkläre es jemandem, der es verstanden hat – überflüssig. Erkläre es jemandem, der es nicht verstanden hat – umsonst!" Und dennoch wäre es wohl fahrlässig, nicht trotzdem immer und immer wieder auf evidenzbasierte Studien und Daten hinzuweisen und wenn es nur zum Zwecke der Dokumentation ist.

Schon in den ersten Tagen des jungen Jahres sind vier solcher Veröffentlichungen erschienen, die aufhorchen lassen und eigentlich mehr als nur (weitere) Alarmsignale sein müssten. Stattdessen werden die Zahlen entweder ignoriert oder von den Verantwortlichen in irreführender Weise – bewusst oder unbewusst – sogar ins Gegenteil verkehrt. Besonders aussagefähig sind die aktuellen Erkenntnisse auch deshalb, weil sie in den verschiedensten Regionen dieser Welt erhoben wurden. Die wichtigsten Aussagen, die sich aus den vorliegenden Studien bzw. Veröffentlichungen ableiten lassen: Je höher die Impfquote bzw. Anzahl der verabreichten Dosen, desto höher die (Hospitalisierungs-)Inzidenz, und je jünger die Impflinge, desto höher das Risiko für Herzerkrankungen.

Es folgen Berichte über Australien, Taiwan, Großbritannien, USA. ……..

https://fassadenkratzer.wordpress.com/2023/01/18/schadlichkeit-der-masken-durch-neue-meta-analyse-belegt/ 18.1.2023

Schädlichkeit der Masken durch neue Meta-Analyse belegt

Die Gesellschaft „Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie" (MWGFD) weist auf den aktuellen Artikel von Prof. Dr. Dr. Walach hin, der über eine neue Meta-Analyse berichtet, in der belegt wird, dass Maskentragen gravierende schädliche Gesundheitseffekte hat. Er schreibt einleitend: „Das sollten Sie, liebe Richter, liebe Mitglieder von Regierungen, Ordnungsämtern, Schulleitungen, Verantwortliche bei der

Bahn in Rechnung stellen, wenn Sie weiterhin das Tragen von Masken verpflichtend machen. Denn Sie machen sich strafbar wegen Körperverletzung." – Der Masken-Terror im Nah- und Fernverkehr soll zwar ab Februar wegfallen, in den Krankenhäusern und Arztpraxen aber bleiben, unglaublich. (hl)

Neue Meta-Analyse zur Schädlichkeit von Masken

MWGFD möchte auf den neuesten Blog-Beitrag unseres MWGFD-Mitglieds Prof. Dr. Dr. Walach verweisen. Auf eine auch für den medizinischen Laien verständliche Art berichtet er über die neueste Meta-Analyse der Arbeitsgruppe um Kai Kisielinski und Andreas Sönnichsen, welcher ebenfalls eines unserer geschätzten Mitglieder ist. An 37 Studien belegt die Meta-Analyse, dass Maskentragen schädliche Gesundheitseffekte hat.

„Rechtzeitig vor Weihnachten hat die Arbeitsgruppe um Kai Kisielinski und Andreas Sönnichsen eine Meta-Analyse auf dem Preprint-Server Research Square bereitgestellt, die klar belegt, dass Maskentragen schädliche Gesundheitseffekte hat. Das sollten Sie, liebe Richter, liebe Mitglieder von Regierungen, Ordnungsämtern, Schulleitungen, Verantwortliche bei der Bahn in Rechnung stellen, wenn Sie weiterhin das Tragen von Masken verpflichtend machen. Denn Sie machen sich strafbar wegen Körperverletzung. Die Meta-Analyse zeigt: in allen untersuchten Parametern, die physiologische Indikatoren für Gesundheitsbelastung darstellen, führt das Tragen von Gesichtsmasken zu relativ großen, signifikanten und schädlichen Effekten."
Prof. Dr. Dr. Walach

https://harald-walach.de/2023/01/10/gerichte-regierungen-bahnvorstand-alle-mal-herhoeren/ 10.1.2023

Gerichte, Regierungen, Bahnvorstand, alle mal herhören:

Maskentragen ist gesundheitsschädigend – eine neue Meta-Analyse an insgesamt 37 Studien belegt dies